

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 7-8

Artikel: Die Stahlverstaatlichung in Grossbritannien
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337943>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

griffiger behandelt werden. Als Beispiel sei nur der konsequente Kampf um das Recht des Mieters angeführt. Um so eher darf es sich die Redaktion der «Tagwacht» leisten, auf «Geistesakrobatik», auf den Streit um Modeworte und auf Gespensterschlachten zu verzichten. Es war somit kein Zufall, dass die Berner Sozialdemokraten den Kampf um das Stadtpräsidium zu ihren Gunsten entscheiden konnten.

So möchte ich mir wünschen, dass man in Zürich hier und dort die «Tagwacht» zum Vorbild wählt; denn auch in der Limmatstadt sollte man nicht vergessen: eine «Tschäppät-Wahl» kommt nicht von selbst.

J. W. Brügel (London)

Die Stahlverstaatlichung in Grossbritannien

Die Labourregierung der Jahre 1945–1951 hatte ein umfangreiches Verstaatlichungsprogramm und hat es bis zum letzten Buchstaben in die Tat umgesetzt. Sie hat die bis dahin in privaten Händen befindlichen Kohlengruben und die Eisenbahnen in die öffentliche Hand übergeführt, sie hat den Strassen-güterverkehr verstaatlicht, die Erzeugung von Gas und Elektrizität in den Händen je einer öffentlichen Korporation vereinigt und schliesslich die gesamte Eisen- und Stahlerzeugung einer solchen öffentlichen, von privatem Gewinnstreben freien Korporation überantwortet. Die konservativen Regierungen, die dann zur Macht kamen, haben sich gehütet, das alles wieder umzustossen. Sie haben sich lediglich darauf beschränkt, die Eisen- und Stahlerzeugung und den Güterverkehr auf den Strassen zu reprivatisieren oder doch mindestens die Voraussetzungen dazu zu schaffen. Es hat lange gebraucht, ehe dieser Reprivatisierungsprozess in Gang kam, und ganz abgeschlossen wurde er nie: ein Teil des Lastwagenparks und ein grosses Stahlwerk erwiesen sich als unabstossbar. Es war einfach kein privates Interesse daran, und in diesen Fällen ging der verstaatlichte Betrieb weiter.

Die Labourregierung Harold Wilsons, die im Oktober 1964 gewählt und im März 1966 mit grosser Mehrheit im Amt bestätigt wurde, hat sich im Sektor Verstaatlichung ein weit bescheideneres Programm gegeben: sie wollte nur die Eisen- und Stahlerzeugung wieder in öffentliche Hände überführen. Zwischen Oktober 1964 und März 1966, als die Regierung nur eine Mehrheit von drei Parlamentssitzen hatte, konnte eine so komplizierte Vorlage im Parlament nicht durchgebracht werden. Jetzt, da Labour eine ausreichende Mehrheit hat, ist das betreffende Gesetz ohne viel Aufhebens vom Parlament verabschiedet worden. Deutet die Beschränkung auf diesen einen Programmpunkt darauf hin, dass sich, einer Modeströmung folgend, auch die britische Labour Party

von dem Gedanken der Überführung von Produktionszweigen aus privaten, niemandem verantwortlichen Händen in die der Allgemeinheit abgewendet hat? Das wäre ein ebenso verfehelter Schluss wie die gegenteilige Behauptung, die man oft in einer gewissen Presse findet, dass die Stahlverstaatlichung von der Regierung Wilson eigentlich zögernd und unwillig, bloss mit der Absicht durchgeführt wurde, einem «doktrinären» linken Flügel Konzessionen zu machen. Die Labourregierung denkt im Augenblick an keine weiteren Nationalisierungsmassnahmen, weil sich zurzeit ausser beim Stahl keine dringende sachliche Notwendigkeit für einen solchen Schritt zu ergeben scheint. Aber auch bei der Verstaatlichung der Stahlerzeugung ist die Triebfeder nicht das, was man in gewissen Kreisen so gerne «ideologische Voreingenommenheit» nennt, sondern einfach die Überzeugung, dass der Staat über eine solche Grundindustrie verfügen muss, falls man durch Wirtschaftsplanung eine fühlbare Erhöhung des Lebensstandards erreichen will.

Die 14 grössten Firmen werden verstaatlicht

1950 hat man die gesamte Eisen- und Stahlerzeugung in die öffentliche Hand übergeführt. Diesmal hat man sich für einen anderen Vorgang entschlossen und in die Nationalisierung nur die 14 grössten Firmen einbezogen. Eigentlich sind es nur 13, weil eine die ganze Zeit über dem Staat gehörte und ihm natürlich auch weiter verbleibt. Etwa 140 Firmen – meist kleinere und spezialisierte Betriebe – verbleiben im Privatbesitz, aber auf die verstaatlichten Betriebe entfallen etwa 90 Prozent der Gesamtproduktion.

Noch einen anderen Unterschied gegenüber 1949/50 hat es diesmal gegeben. Damals hat die zweite Kammer, das Oberhaus, den Gesetzesentwurf abgelehnt. Er musste dann ins Unterhaus zurückgehen und ist ein Jahr später, als ursprünglich beabsichtigt, Gesetz geworden. Das Oberhaus ist ein Überbleibsel aus dem Mittelalter, das man nicht beseitigt, weil man nicht gerne die Tradition verletzt, wenn es nicht sein muss. Da die grosse Mehrheit seiner Mitglieder konservative Erbadelige sind, könnte sie jeden sozialen Fortschritt verhindern, wenn man nicht dafür gesorgt hätte, dass das Oberhaus schlimmstenfalls ein aufschiebendes Veto von einem Jahr hat. Bisher ist das Oberhaus, das fürchtet, ganz entmachtet zu werden, der Regierung Wilson noch nicht in den Arm gefallen, und es hat nicht gewagt, selbst einer Vorlage wie der Stahlnationalisierung, die jedem konservativen Herzen wider den Strich geht, Schwierigkeiten zu bereiten.

Wer soll einen nationalisierten Betrieb leiten?

Es ist den Konservativen nicht gelungen, eine «Volksbewegung» gegen die Stahlverstaatlichung auf die Beine zu bringen. Es ist auch Labour auf der anderen Seite nicht gelungen, die Öffentlichkeit irgendwie besonders für die Verstaatlichung der Stahlerzeugung zu interessieren. 1964 und 1966 hat

Labour alle Wahlkreise gewonnen, in denen es Stahlbetriebe gibt. Die Stahlarbeiter sind natürlich traditionsgemäß Anhänger der Verstaatlichung, aber es ging da ohne jede Leidenschaft zu. Heute ist eben die Gewerkschaft auch einem Privatbetrieb gegenüber so stark und schlagkräftig, dass man das Problem leidenschaftslos diskutieren kann.

Hingegen hat die Besetzung der leitenden Posten der nationalisierten Industrie ein viel stärkeres Echo in der Öffentlichkeit gefunden als die Verstaatlichungsaktion an sich. Der Energieminister, der 38jährige Richard Marsh, der die Vorlage durchs Parlament gebracht hat, hat zunächst einen Ausschuss ernannt, der die Überführung in den Staatsbesitz organisieren soll, und wird dann die Leitung der neuen «National Steel Corporation» ernennen, die das Spitzenorgan der Industrie werden soll, in der die 14 Firmen autonom bleiben – sie können sich auch gegenseitig Konkurrenz machen. Zum Leiter des Ausschusses und vorgesehenen Vorsitzenden der Korporation wurde aber nicht ein Mann ausersehen, der eine innere Beziehung zum Gedanken der Vergesellschaftung der Produktionsmittel hat, sondern Lord Melchett, ein Bankier von Beruf aus einem ganz konservativen Milieu. Das wurde in Labourkreisen heftig kritisiert, um so mehr als Lord Melchett bisher überhaupt in der Stahlindustrie nicht gearbeitet hatte. Zu seinem Stellvertreter ist Ron Smith ausersehen, bisher Generalsekretär des Verbandes der Postangestellten und einer der bekanntesten unter den jüngeren britischen Gewerkschaftsfunktionären. Dass er ein ausserordentlich tüchtiger Mensch ist, bestreitet niemand; aber auch er ist in der Stahlindustrie nicht beheimatet. Natürlich gibt es auch Fachleute in dem Übernahmeausschuss, aber da passierte der Labourregierung das Pech, dass einer von ihnen eine fulminante Rede hielt, in der er die Stahlverstaatlichung kritisierte. Minister Marsh hat sich geweigert, dem Verlangen, den Betreffenden abuberufen, nachzukommen, aber er hat bereits erklärt, dass dieser Mann nicht in die definitive Leitung der Korporation berufen werden wird.

Dass jemand, der die Stahlverstaatlichung vorbereitet, sie öffentlich kritisiert, mag ein ganz besonders krasser Fall sein, der sich kaum wiederholen dürfte. (Natürlich hat er das volle Recht auf Meinungsfreiheit, aber auch der Staat hat das Recht, von seinen Diensten keinen Gebrauch zu machen.) Das Problem bleibt aber weiter bestehen. Sicher hat sich Lord Melchett nicht zum Chef der verstaatlichten Stahlindustrie machen lassen, um sie besser sabotieren zu können; er wird sich zweifellos anstrengen, sie zu einem Erfolg zu führen. Sollte man aber nicht doch darauf bestehen, dass eine verstaatlichte Industrie Leute leiten sollen, die an den Gedanken der Gemeinwirtschaft glauben?

Nach den Mitteilungen des Ministers Marsh im Unterhaus denkt man bei der Stahlindustrie an eine Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Verwaltung der Betriebe. Bisher hat die Mehrheit im britischen Gewerkschaftsbund eine solche Möglichkeit abgelehnt, weil man sich auch nationalisierten Betrieben gegenüber die volle Freiheit des gewerkschaftlichen Entschlusses bewahren

wollte. Jetzt scheint man von dieser starren Haltung abgehen zu wollen, aber man wird abwarten müssen, wie sich diese nur ganz allgemein angekündigte Wandlung praktisch auswirken wird.

Spitzengehälter in der Stahlindustrie

Nicht nur mit der Auswahl der Personen, die die Stahlindustrie leiten sollen, hatte Minister Marsh Schwierigkeiten, sondern er stiess auch auf Widerspruch im Parlament, als er die Gehälter der Spitzenfunktionäre bekanntgab. Es ist begreiflich, dass in einer Zeit, in der man von den Gewerkschaften die Rückstellung von Lohnforderungen verlangt, es Unwillen hervorruft, wenn in der Stahlindustrie vom Staat Gehälter bis zu 24 000 Pfund jährlich bezahlt werden sollen. (Nach der Besteuerung bleiben von 24 000 allerdings nur etwa 6 000 Pfund übrig, aber das ist auch ein ganz schöner Betrag.) Doch man liess sich zum Schluss von dem Argument überzeugen, dass man nur bei Bezahlung der nun einmal in der Industrie üblichen Sätze die Abwanderung von Fachleuten in die Privatindustrie vermeiden kann.

Die «National Steel Corporation» mit einer Jahreskapazität von 30 Millionen Tonnen wird einer der grössten Industriekonzerne Europas sein, jedenfalls einer der grössten mit Ausschluss jedes privaten Gewinnstrebens. So lautlos und von der breiteren Öffentlichkeit unbeachtet sich der Wandel in Grossbritannien auch vollzieht, besteht doch kein Zweifel darüber, dass hier wieder eine *stille Revolution* vor sich geht. Es wird wichtig sein, ihre Erfolge wachsam zu verfolgen.